№ 44. Freitag, den 21. Februar 1896.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf.
Annoncen-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34
Heinrich Netz, Koppernikusstraße.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Der „Gesellige“. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et.
Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidendank, G. L. Daube u. Ko. u. sämmtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a./M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg 2c.

Vom Reichstage.

44. Sitzung am 19. Februar.

Die Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei dem Kapitel „Gefängniswesen“.

Abg. Bebel kommt auf den schon im Vorjahre besprochenen Fall Wendland zurück. Dieser sei gleich bei seinem Eintritt in die Armee in die Strafabteilung eingestellt worden, und zwar mit Rücksicht auf eine Bestrafung, die er sich vorher als Zivilist wegen Majestätsbeleidigung zugezogen. Er bestreite der Militärverwaltung und zwar bis zu den höchsten Spitzen das Recht, dergestalt das Rechtsverhältnis in dem Militärleben auf den Kopf zu stellen, daß man wegen irgend welcher Vorkommnisse im Zivilverhältnis Jemandem ohne Verschulden im Militärverhältnisse die Ehrenrechte als Soldat nehme. Ein gewisser Schöler ferner sei in die Strafabteilung versetzt lediglich wegen mehrfacher Beschwerden. Das Rechtsverhältnis des Einzelnen in der Armee könne unmöglich so auf den Kopf gestellt werden, wenn auch eine Kabinettsordre von 1887 dies bei vorhandener ehrloser Gesinnung zulasse oder vorschreibe.

Minister v. Bronsart widerlegt in eingehender Weise die von Bebel früher vorgebrachten Fälle. Die heute angeführten seien ihm nicht genügend bekannt. Redner erklärt ferner, daß es auch ihm Ernst ist, wenn Herr Bebel an das ganze Offizierkorps den beleidigenden Appell zu gebührlichem Betragen richtete. Die Kabinettsordre bezüglich Einstellung in Strafabteilungen bestehe völlig zu Recht. Redner geht auf den wegen Brandstiftung vorbestraften Schöler näher ein. Dieser sei schließlich, weil er sich für die Disziplin als gefährliches Element erwiesen, der Arbeiter-Abteilung überwiesen worden.

Abg Bebel erklärt, von seinen Anführungen nichts zurücknehmen zu können, und kann sich der Ansicht, wie sie vom Kriegsminister vertreten wird, nicht anschließen.

Nach einer Antwort des Kriegsministers und Generallieutenants v. Spitz nimmt

Abg. Lieber das Wort, um die Antwort des Kriegsminister dankend anzuerkennen. Bebel ersuche er, bei vorliegenden Beschwerden, die im Reichstage zur Sprache gebracht werden, wie alle übrigen Parteimitglieder, vorher dem Minister zur Kenntnis zu geben, damit dieser sich informiren und antworten könne. Schwierig sei die Frage der Einstellung in Strafabteilungen. Zur Zeit sei dies lediglich Disziplinarsache. Ob das die richtige Ordnung der Dinge ist, darüber behalte er sich die Erwägung offen und seine Freunde werden in der Kommission diese Frage erörtern.

Abg. Lenzmann erklärt, er müsse dem Abg. Bebel von vorn bis hinten Recht geben. Niemals dürfe Jemand, der als Zivilist, in jugendlichem Alter, als 14-Jähriger etwas begangen habe, deswegen in eine Strafabteilung gestellt werden. Er selbst werfe dem Kriegsminister keine Beschönigungen vor, meine aber doch: ein wahrer Freund der Armee müsse solche Uebelstände aufdecken und auf Abhilfe sinnen und sie nicht entschuldigen. Nach kurzen Bemerkungen zwischen Bebel und Werner wird Kapitel „Gefängniswesen“ genehmigt.

Beim Kapitel Artillerie- und Waffenwesen beschwert sich

Abg. Bebel über das Bestehen eines Pulverrings, der der Regierung die Preise diktire. In einem Jahre habe die Militär-Verwaltung 3 Millionen mehr gezahlt, als sie nach den Preisen, wie Krupp sie gebe, hätte zahlen müssen.

Generalmajor v. Frankenhausen weist nach, das Preußen 77 resp. 86 % seines Pulvergebrauchs selbst fabrizire, demnach nicht solchen höheren Unterschied an Private zahlen könne. Zudem sei Krupp Mitglied des Ringes und er werde folgedessen auch billigere Preise dort haben.

Ein Antrag auf Debatteschluß wird angenommen.

Bei einem weiteren Kapitel wünscht

Abg. Schall Auskunft darüber, ob nicht endlich die Kommunalbesteuerung reichsfiskalischer Betriebe in Aussicht stehe.

Staatssekretär Graf Posadowsky sagt für einige Städte Abhilfe bezw. Beihilfen aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds zu. Hierauf wird der Rest des Ordinariums angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag: Extraordinarium.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

22. Sitzung vom 19. Februar.

Am Ministertische: Minister Thielen und Kommissarien.

In Erledigung der Tagesordnung wird der Bericht über die Ausführung verschiedener Gesetze betr. den Erwerb von Privatbahnen für der Staat durch Kenntnisnahme erledigt.

Der Gesetzentwurf betr. die Grenzveränderung zwischen den Kreisen Kassel und Wolfhagen wird in erster und zweiter Lesung debattelos erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrages Knebel (ntl.) betr. Ausnahmetarife für Obstlieferungen aus den wichtigsten Erzeugungsgebieten nach Hamburg, Berlin und den Industriegebieten.

Abg. Knebel (ntl.) begründet seinen Antrag in längerer Rede, in welcher er u. A. ausführt, daß die ausländische Obsteinfuhr in den letzten drei Jahren den deutschen Import um 70 Millionen Mark überschieße. Dabei kämen klimatische Unterschiede wenig in Betracht, denn die Einfuhr komme aus den nächstliegenden Ländern; aus Italien komme nur wenig. Eine allgemeine Tarifermäßigung für Obst würde der ausländischen Konkurrenz zu Gute kommen; Ausnahmetarife seien auch deshalb nötig, namentlich auch nach den Industriegegenden, um die dortige Arbeiterbevölkerung für einen stärkeren Obstverbrauch zu gewinnen.

Reg.-Komm. Geh. Rat Möllhausen erwidert, Erhebungen über die Obstzufuhr auf der Eisenbahn hätten ergeben, daß ein erheblicher Teil der Zufuhr zu Wasser erfolge. Die Regierung habe aber nichts gegen einen Antrag einzuwenden, der eine Besserung herbeiführe.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (frk.) hält den Antrag nur geeignet, um der Regierung als Material überwiesen zu werden.

Abg. Knebel (ntl.) schlägt vor, den Antrag an die Budgetkommission zu überweisen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgen Petitionen, meist lokale und Gehalts-Angelegenheiten betreffend. Dieselben werden nach den Anträgen der Kommissionen erledigt. Längere Debatten entspinnen sich bei den Petitionen des westpreußischen Städtetages betr. die Heranziehung der Staatsbeamten zu den Gemeindelasten und betr. Aenderung der hannoverschen Städteordnung.

Sodann wird die Beratung des Extraordinariums des Bauetats fortgesetzt.

Abg. Weibezahn (ntl.) bittet in Bezug auf die für Harburg geplanten Verkehrsverbesserungen, die Interessen dieser Stadt nicht preiszugeben aus höheren Rücksichten zu Gunsten Hamburgs.

Abg. Jürgensen (ntl.) dankt der Regierung für den Schutz und die Befestigung der Halligen.

Abg. Ring (k.) bittet um den Bau einer Havelbrücke bei Sakrow, warauf

Reg.-Komm. Geh. Rat Wiebe erwidert, die staatliche Finanzlage habe noch nicht gestattet, diesem Projekt näher zu treten.

Referent Abg. v. Tiedemann-Bomst bemerkt, daß die Ingebrauchnahme des neuen Geschäftsgebäudes für das Abgeordnetenhaus am 1. Oktober 1897 bestimmt werde erfolgen können.

Das Extraordinarium wird genehmigt. Der Bau-Etat ist damit erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag: Etat für Handel und Gewerbe.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Februar.

— Der Kaiser empfing am Dienstag im Jagdschloß Hubertusstock den Staatssekretär des Reichsmarineamts, Vize-Admiral Hollmann und den Chef des Marinekabinetts, Kontre-Admiral Freiherrn von Senden-Bibran zum Vortrage. Am Mittwoch gedachte der Kaiser von Hubertusstock in Berlin wieder einzutreffen und später mit der Kaiserin die Großfürstin Konstantin von Rußland am Bahnhofe Friedrichstraße zu begrüßen.

— Dem Abg. v. Benda sandte zum 80. Geburtstag der Kaiser aus Hubertusstock ein Glückwunschtelegramm und ließ ihm den Roten Adler-Orden zweiter Klasse überreichen.

— Die Kaiserin gewährte gestern der Witwe des amerikanischen Botschafters Runyon die erbetene Audienz.

— Reichskanzler Fürst Hohenlohe reiste gestern Morgen von Wien ab und traf am Abend in Berlin ein.

— Der Kommandeur des 15. Armeekorps, General der Infanterie v. Blume, hat seinen Abschied eingereicht.

— Herr v. Bockum-Dolffs, Oberregierungsrat a. D., das langjährige liberale Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Reichstags, dessen Name untrennbar ist von der Geschichte des parlamentarischen Kampfes der sechziger Jahre für zweijährige Dienstzeit und Verfassung, trat an diesem 19. Februar in sein 95. Lebensjahr ein. Die geistige Frische, sowie die körperliche Rüstigkeit, welche der hochverehrte Herr sich bis in sein hohes Alter bewahrt hat, sind bewundernswert.

— In der Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurde die Verhandlung über § 101 (Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen) fortgesetzt. An § 108 (Ermächtigung des Minderjährigen zum Betriebe eines Geschäfts) knüpfte sich eine längere Debatte. Die von den Abgeordneten Dr. Enneccerus, Stadthagen und Gröber gestellten Abänderungsanträge wurden jedoch abgelehnt und die Vorlage genehmigt. Die Verhandlungen gelangten bis § 122 (schriftliche Form für Rechtsgeschäfte), indem durchweg beantragte Abänderungen abgelehnt und die Fassung der Vorlage bestätigt wurden.

— Die Justizkommission des Reichstags setzte vorgestern die zweite Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz fort. § 73 handelt von der Zuständigkeit der Strafkammern und besagt in Nr. 1: „Die Strafkammern sind als erkennende Gerichte zuständig für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören.“ Abg. Beckh (fr. Vp.) beantragte, hinter dem Worte „Zuständigkeit“ einzufügen: „der Schwurgerichte oder“. Der Antragsteller bemerkte u. a., er habe den Wunsch, daß das, was jetzt süddeutsches Reservatrecht sei, dem ganzen Reiche zu Teil werden möge. Staatssekretär Nieberding gab folgende Erklärung ab: Die Frage der Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen Delikte habe im Jahre 1876 bei den Verhandlungen über die Justizgesetze eine große Rolle gespielt. Es sei damals vereinbart worden, daß diejenigen Staaten, welche die beantragte Einrichtung besitzen, sie behalten sollen, daß sie aber den übrigen Staaten nicht aufgebürdet werden solle. An diesem Standpunkt sei festzuhalten. In den 17 Jahren seit 1876 sei die Macht der Presse, ihr Wirkungskreis und ihr Einfluß ganz außerordentlich gewachsen. Da sei es um so weniger angebracht, dem Antrage zu entsprechen. Die Regierung könne unmöglich auf denselben eingehen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und die Regierungsvorlage, wie in erster Lesung, beibehalten.

— In der Börsenkommission des Reichstags wurden gestern die Verhandlungen fortgesetzt. Im Laufe der Beratung erklärte der Zentrumsabgeordnete Schwarze, er werde für jede Beschränkung der Terminhandels stimmen, und beantragte zu dem § 46 einen Zusatz, wonach der Börsenterminhandel in Getreide und Getreidefabrikation untersagt sein soll. Vom Regierungstische wurde dieser Antrag bekämpft, da er eine Schädigung der Landwirtschaft bedeute. Die Abstimmung wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

— Die „Kreuzzeitung“ giebt ihrem lebhaften Bedauern Ausdruck über das vorgestern erfolgte Ausscheiden des Prinzen Arenberg aus dem Vorstande der Abteilung Berlin der deutschen Kolonialgesellschaft und über seine Ersetzung durch Dr. Carl Peters. Die „Kreuzztg.“ schreibt, man sei in weiten Kreisen von dem Geschehenen wenig angenehm berührt. Die großen Verdienste des Prinzen Arenberg auf kolonialem Gebiete seien allgemein bekannt und die Annahme sei wohl berechtigt, daß die jüngste Wahl (des Dr. Peters) ebensowenig dem Gedeihen des Vereins als der ruhigen Entwickelung unserer Kolonialpolitik förderlich sein dürfte. — Dr. Peters scheint übrigens den Vorsitz im Berliner Kolonialverein noch nicht so sicher zu haben, wie bisher angenommen wurde. Zwar ist er an Stelle des Prinzen v. Arenberg in den Vorstand gewählt, aber die Verteilung der Aemter innerhalb des Vorstandes soll erst vor sich gehen. Nach einer Andeutung der „Berl. N. N.“ will man Peters nicht zum Vorsitzenden haben, weil die nationalliberalen Mitglieder sonst aus der deutschen Kolonialgesellschaft austreten wollen.

— Ueber die Vorschläge des Geheimrats v. Wödtke, Direktors im Reichsamt des Innern, zur Vereinfachung der Alters- und Invaliditätsversicherung wird jetzt das Wesentlichste mitgeteilt. Zunächst ist eine durchgreifende Vereinfachung des Markenklebens vorgesehen. Der Arbeitgeber soll künftig einen größeren Zeitraum als eine Woche für das Einkleben der Marken erhalten, und an den Postanstalten wird man mehrwertige Versicherungsmarken kaufen können, giltig für einen Monat, ein Vierteljahr oder mehr. Für die Versicherten soll die Wartezeit dadurch abgerundet werden, daß der Unterschied von Beitragsjahr und Kalenderjahr aufhört; auch soll die lästige Zusatzmarke bei freiwilliger Versicherung ganz und, soweit als möglich, alle besonderen Bescheinigungen über geleistete Arbeit fortfallen.

— Die Zuckerproduktion hat sich, wie aus den amtlichen Januarausweisen hervorgeht, in dieser Kampagne schon so viel Selbstbeschränkung auferlegt, daß auch deshalb keinerlei Kontingentirung erforderlich ist. Während in der vorigen Kampagne bis Ende Januar $141\frac{1}{2}$ Millionen Doppelzentner Rüben verarbeitet wurden, betrug die diesjährige Rübenmenge bis Ende Januar nur $116\frac{3}{4}$ Millionen Doppelzentner. Die Zuckerproduktion betrug bis Ende Januar in Rohzucker aller Produkte 13 865 068 Doppelzentner gegen 15 360 661 im Vorjahre.

— Die Schweineeinfuhr nach Oberschlesien ist neuerlich beschränkt worden aus Veranlassung einer Beschwerde Gleiwitzer Marktfleischer, welche dahin ging, daß durch das Verhalten zweier dortiger Fleischer (das Schweinefleisch mit 30 Pf pro Pfund zu verkaufen) ihr Interesse geschädigt werde. Darauf hat die Regierung nach dem „Oberschl. Tagebl.“ folgende Bestimmung getroffen: In das Schlachthaus zu Kattowitz dürfen wöchentlich nur noch 650 Schweine (früher 900) eingeführt werden, Beuthen, das früher gleichfalls 900 Schweine wöchentlich importirte, darf nur 700 Stück in Zukunft schlachten, Myslowitz statt früher 600 nur noch 350 und Tarnowitz statt 400 nur noch 200 Stück. — Das beträgt bei den vier oberschlesischen Schlachthäusern eine Verminderung der Schweineeinfuhr um 900 Stück wöchentlich oder rund 50 000 Stück jährlich. — Das sind die kleinen Geschenke, durch welche man die Agrarier auf Kosten anderer Klassen der Bevölkerung zu beschwichtigen sucht.

— An leitender Stelle rekapitulirt die „Kreuzztg.“ die am Mittwoch im Berliner Zirkus Busch stattgefundenen Verhandlungen des Bundes der Landwirte. Das Ergebnis derselben sei das Festhalten an dem Antrage Kanitz und an der Doppelwährung, die nicht von der Tagesordnung verschwinden werde, weder durch das letzte Votum des Reichstages, noch durch die schroffe Zurückweisung vom Regierungstische. — Allgemein bezeichnend für die Versammlung ist es, daß stets stürmischer Beifall laut wurde, so bald irgend eine Grobheit gegen die Minister, namentlich gegen den Landwirtschaftsminister, vorgebracht wurde. Geistreich waren die Ausfälle nicht. Fortwährend wurde in derselben Weise auf dem Ausdruck „gemeingefährlich“ herumgeritten. Die Antisemiten aus Wien beehrten den Bund mit besonderen Telegrammen. Schönerer telegraphirte: „Wann wird sie enden, die bismarcklose, die traurige Zeit?“ Dr. Hahn meinte, man solle getrost sein, denn nicht nur der Altreichskanzler, sondern auch Graf Herbert Bismarck stehe hinter dem Bunde der Landwirte. Aus den Redeblüten bei der Versammlung sei hier nur folgende Blüte aus der Rede des Herrn von Diest-Daber mitgeteilt: „Na, die Herren (der Landwirtschaftsminister und Bennigsen, der das Wort „gemeingefährlich“ schon vor Jahresfrist auf den Antrag Kanitz anwandte) sind beide aus Hannover, die beiden Herren können uns

sonst was!" Fürwahr, eine vornehme Gesellschaft war im Zirkus Busch vereinigt.

— In der Vorlage betr. die Dienstaltersstufen für die richterlichen Beamten soll nach den „B. P. N." auch die Frage der anderweitigen Regelung der Uebernahme der Gerichtsassessoren in den Richterstand zum Austrag gebracht werden.

— Nunmehr veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Lieber, den Graf Hönsbroech als Gewährsmann für jene Aeußerung Windthorst's: „Da habe ich mich wieder einmal kräftig durchgelogen" bezeichnet hatte, in der Germania eine längere Erklärung, in welcher er mitteilt, diese oder eine ähnliche Aeußerung Windthorsts nicht selbst gehört zu haben. Windhorst habe im Scherze diese Aeußerung einer Dame gegenüber gethan, von der er (Lieber) sie dann gehört habe. Die Aeußerung könne nur scherzhaft aufgefaßt werden und werde er (Lieber) auf den ganzen Fall noch eingehend zurückkommen.

— Für Herrn v. Hammerstein sind nunmehr Einzahlungen geleistet worden, so daß er im Untersuchungsgefängnis die bessere Kost erhält. Ueber den Einzahler verlautet, daß ein ehemaliger französischer Offizier, welcher als Kriegsgefangener auf dem elterlichen Gute des Freiherrn v. Hammerstein interniert war und seit dieser Zeit der Familie ein dankbares Andenken bewahrt hat, der Spender von 200 M. für diesen Zweck ist. Auch einige Berliner Herren, welche der Familie des Herrn von Hammerstein gutes Andenken bewahren, haben zu diesem Zweck einen kleinen Fonds gesammelt.

— Die Sozialdemokraten sollen nach dem „Hamb. Corr." die Beteiligung an dem Fest des Reichstags am 21. März wegen des Kaisertoastes abgelehnt haben. — Da indeß die Sozialdemokraten im Vorstand des Reichstags nicht vertreten sind und der Vorstand erst an diesem Mittwoch über die Angelegenheit verhandelt hat, so sind bisher die Sozialdemokraten noch nicht in der Lage gewesen, eine Erklärung darüber abzugeben, aus welchen Gründen sie die Beteiligung ablehnen.

— Der bekannte Antisemitenführer Postassistent Schulze in Wohlau, dessen Verhaftung vor einigen Wochen von einigen schlesischen Blättern irrtümlich gemeldet worden war, sodaß diesen hierauf der Beleidigungsprozeß gemacht wurde, hat sich erschossen. Der Selbstmord steht mit dem bis jetzt noch nicht aufgeklärten Verlust eines eingeschriebenen Briefes auf dem Postamt Wohlau in Zusammenhang.

— Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen Prof. Quidde in München nach der „Münch. Fr. Presse" Anklage erhoben worden. Es handelt sich, wie der „Allg. Ztg." mitgeteilt wird, um eine in einer sozialdemokratischen Versammlung vom 20. v. M. gehaltene Rede, in der Dr. Quidde im Anschluß an die Ausführungen des Abg. v. Vollmar die Person des deutschen Kaisers und insbesondere die Stiftung des Wilhelmsordens zum Gegenstande abfälliger Bemerkungen gemacht haben soll.

— Im Schneiderstreik begann vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts am Mittwoch um 10 Uhr die Verhandlung unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Schulz. Es waren 10 Vertreter der Konfektionäre erschienen, 18 Vertreter der Meister, und für die Arbeitnehmer die Fünferkommission und 2 Mitglieder der Lokalorganisation. Etwa 500 Personen hatten sich als Zuhörer eingefunden. Der erste Redner war Schneider Timm. Derselbe stellte für die Fünferkommission folgende Forderungen auf: 1) Aushang genehmigter Lohntarife in allen Werkstätten; 2) Ernennung einer Kommission, die zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen und alle Lohnstreitigkeiten schlichten soll; 3) Lohnzahlung am Sonnabend; 4) bessere Behandlung; 5) Errichtung eines Arbeitsnachweises unter der Kontrolle beider Teile; 6) Errichtung von Betriebswerkstätten. Redner begründete diese Forderungen mit der Bemerkung, daß die letzte Forderung nicht unbedingt aufrecht erhalten würde. Von den Meistern erklärte sich Schneidermeister Krüger zustimmend mit Ausnahme der Forderung der Betriebswerkstätten. Konfektionär Rosenbaum erklärte die Aufbesserung der „Schundlöhne" für notwendig. Am Nachmittage wurden die Verhandlungen fortgesetzt. — Zwischen den beiden Kommissionen der Großkonfektionäre der Damen- und Kindermäntelbranche und der Schneidermeister ist nach zweitägigen gemeinsamen Verhandlungen am Dienstag Abend ein Ausgleich zu Stande gekommen. Beide Kommissionen wollen die Vorschläge ihren Auftraggebern zur Genehmigung mit thunlichster Schnelligkeit vorlegen. Doch sollte vorerst Mittwoch Abend noch mit der Fünferkommission der Arbeiter Verständigung gesucht werden. — Die 21er-Kommission der Schneidermeister zeigte sich zu einem Vergleich geneigt, weil die Existenz vieler mittelloser Schneidermeister ernstlich bedroht erscheint; viele derselben befinden sich jetzt bereits in ernstlichen Zahlungsschwierigkeiten. — Die Schneidermeister der Herren- und Knabenkonfektion haben sich ihren Kollegen in der Damen- und Mäntelbranche, die, wie bekannt ist, in den Ausstand eingetreten sind, nicht angeschlossen. Sie befürchten, daß die Herrenkonfektion, deren Bedeutung weit hinter der Damenkonfektion zurücksteht, einen dauernden Schaden durch die jetzige Bewegung erleidet und sich nach der Provinz, wo die Herrenkonfektion eine größere Bedeutung hat, wendet.

Ausland.

Ungarn.

Sämtliche Oppositionsparteien beschlossen, die Regierung zum Abbruch der Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich aufzufordern und sofort alle Vorkehrungen zu einer selbständigen Zoll- und Handelspolitik zu treffen.

Frankreich.

In informirten Kreisen verlautet, der Senat beabsichtige, in seiner Sitzung am Freitag alle vorliegenden Fragen, darunter auch die der Kreditgewährung für die Beteiligung Frankreichs an der Zarenkrönung, zu vertagen, um dadurch praktisch zu beweisen, daß der Senat ein Faktor ist, mit dem unbedingt gerechnet werden muß.

Großbritannien.

Ob der Transvaalpräsident Krüger nach England kommt, ist noch unbestimmt. Der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, hat kürzlich erklärt, er habe von dem Präsidenten Krüger noch keine Antwort auf die an denselben ergangene Einladung, nach England zu kommen, erhalten. Es könne daher noch nicht gesagt werden, daß Krüger die Einladung abgelehnt oder angenommen habe. Die Frage, unter welchen Bedingungen Krüger nach England kommen würde, sei noch nicht aufgeworfen worden.

Im Unterhause teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Curzon mit, daß eine britische Truppenabteilung auf Wunsch des englischen Konsuls zum Schutze der englischen Gesandtschaft auf Korea gelandet sei. Als Grund für das Vorgehen des Königs von Korea, der sich in die russische Botschaft flüchtete, werde die politische Lage in Söul sowie das Bestehen einer Gefahr für den König und dessen Familie angegeben. Er (Curzon) habe keinen Grund zu glauben, daß es sich um eine Okkupation seitens Rußlands handle. Der russischen Regierung würden keine Vorstellungen in dieser Hinsicht gemacht werden.

Serbien.

Die Skuptschina nahm den Regierungsantrag, betreffend die Regelung der Notenausgabe der Nationalbank an, anknüpfend an den Paragraphen 11 des Statuts der Nationalbank, welcher 1893 dahin interpretirt wurde, daß die sogenannten Silbernoten nicht auf Gold und Silber zugleich, sondern auf ausschließlicher Silbergrundlage auszugeben seien. Nach der jetzt berichtigten Interpretation wird die Nationalbank Silbernoten und Goldnoten mit getrennter Silber- bezw. Golddeckung ausgeben. Die Nationalbank kann fortan den zweieinhalbfachen Betrag an Noten ausgeben, welche einerseits durch Golddeckung, andererseits durch Silbergrundlage gesichert sind. Für Goldnoten ist dreiviertel Golddeckung erforderlich. Die Silbernotenausgabe darf 25 Millionen nicht überschreiten. Sowohl der Ministerpräses wie der Finanzausschuß erklärten die angenommene Maßregel für eine provisorische, bis einmal die alleinige Goldnotenausgabe möglich werde.

Bulgarien.

Zur Anerkennung des Fürsten Ferdinand ist nunmehr die Zustimmung aller Mächte, ausgenommen die Englands, bei der Pforte eingegangen. Sobald sich auch England für die Anerkennung ausgesprochen, wird der Fürst seine Investitur erhalten.

Wie von einer maßgebenden russischen Person der „Köln. Ztg." geschrieben wird, ist die Anerkennung des Fürsten Ferdinand seitens Rußlands hauptsächlich auf Betreiben des Fürsten Lobanow geschehen. Fürst Ferdinand habe bereits zu Stambulows Glanzzeit mit Wissen und auf Anraten Stambulows die Aussöhnung mit Rußland durchsetzen wollen. Er hatte dieserhalb wiederholt geheime Unterredungen mit dem damaligen Botschafter in Wien, Fürsten Lobonow, sowie mit Baron Mohrenheim. Nachdem der verstorbene Zar auf das Hartnäckigste jede Annäherung zurückgewiesen, stattete Fürst Ferdinand sofort nach dem Tode des Zaren Alexander dem Fürsten Lobanow in der Nacht einen Besuch ab, worauf nach dessen Ernennung zum Minister des Aeußern die Entscheidung beschleunigt wurde.

Afrika.

Aus Massauah wird der „Agenzia Stefani" gemeldet, daß die telegraphische Verbindung mit dem Operationskorps, welche für kurze Zeit wieder hergestellt war, von Neuem unterbrochen ist. Eine Depesche Baratieris aus Sanriat, daß Ras Sebat und Ras Agos in der Nacht des 14. Februar mit einem kleinen Teil ihrer Truppen von den Italienern abfielen und am 16. die kleine Station der Italiener bei Kol-Seeta angriffen, worauf sie gegen den Paß von Alequa weitermarschirten. 300 italienische Truppen sind gegen Alequo vorgerückt und auf den Feind gestoßen, mit dem sie sich in ein Gefecht einließen, welches sie in Erwartung von Verstärkungen in die Länge zogen. Es traf dann das 7. Bataillon ein und griff sogleich Kol Seeta an, welcher Punkt nach einem lebhaften Kampf zurückgewonnen wurde. Die Haltung der italienischen Truppen ist ausgezeichnet.

Amerika.

Den „Times" zufolge ist in der Legislatur des Staates New-York ein Gesetz angenommen und von dem Gouverneur unterzeichnet worden, nach welchem die den preußischen Feuerversicherungs-Gesellschaften, welche im Staate New-York Geschäfte betreiben, erteilte Licenz zurückgenommen wird. Gleichzeitig sei ein Gesuch der Magdeburgischen Feuerversicherungs-Gesellschaft um Zulassung ihres Geschäftsbetriebes im Staate New-York abschlägig beschieden worden.

General Weyler, der Oberstkommandirende der spanischen Truppen auf Kuba, hat Befehl erteilt, daß die Gefangenen summarisch abgeurteilt und daß nur Todesurteile seiner Bestätigung vorgelegt werden sollen. Ein weiterer Befehl verfügt, daß die Verbreiter falscher Nachrichten inbetreff des Krieges militärisch abzuurteilen seien. Schließlich ordnete General Weyler an, daß die Landbewohner sich in den befestigten Städten festzusetzen haben. Um das Land durchziehen zu können, wird man die vorherige schriftliche und vom militärischen Chef unterzeichnete Bewilligung hierzu einzuholen haben. Man bemerkt großen Eifer in den Operationen. Das Gros der Insurgenten befindet sich in der Provinz Havanna. Die spanische Armee ist namentlich zwischen Havanna und Balabano konzentrirt. Es fanden einige Zusammenstöße statt, doch waren dieselben wenig belangreich. — Nach einer letzten Meldung ist es dem Insurgentenführer Maceo gelungen, die spanischen Linien in der Richtung nach Osten zu durchbrechen.

Provinzielles.

Gollub, 18. Februar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde beschlossen, die vom Kreisausschuß gewährte Beihilfe von 500 M. zur Instandsetzung des Weges Gollub = Stemsk anzunehmen. In Uebereinstimmung mit dem Magistrat wurde es abgelehnt, die vom Herrn Regierungs = Präsidenten geforderte Rücksteuervergütigung für auszuführendes Bier einzuführen.

Briesen, 19. Februar. Der Kreisausschuß wird sich in Verbindung mit dem hiesigen Magistrat in einer Sitzung am Sonnabend über den Bau der Bahn von Bahnhof Briesen nach Stadt Briesen schlüssig machen. Voraussetzung dabei wird sein, daß die Stadt oder die Kaufmannschaft den Grund und Boden unentgeltlich dem Kreise zur Verfügung stellt. — In der Sitzung der Stadtverordneten am Montag wurde eine Beihülfe von 200 Mark an die hiesigen Gewerbetreibenden, die an der Gewerbeausstellung in Graudenz sich beteiligen, bewilligt.

Graudenz, 19. Februar. Schon über 100 Firmen haben ihre Beteiligung an der diesjährigen Gewerbeausstellung zugesagt.

Schwetz, 18. Februar. Herr Generalsuperintendent Dr. Döblin aus Danzig weilte gestern in unserer Stadt, um über die in diesem Jahre für die Diöcese Schwetz in Aussicht genommene General-Kirchen- und Schulvisitation zu beraten. Voraussichtlich wird dieselbe in der Zeit vom 28. Mai bis zum 12. Juni stattfinden.

Schwetz, 17. Februar. Gestern Abend starb am Schreibtisch am Herzschlage in Folge Verkalkung der Blutgefäße der Inhaber des größten Geschäfts am hiesigen Orte, Herr Kaufmann C. A. Köhler, im Alter von etwa 60 Jahren.

Marienburg, 19. Februar. Freche Spitzbuben holten in vergangener Nacht bei Herrn Krause in Notzendorf eine schwarze Kuh, welcher die Hörner fehlen, aus dem Stalle und führten sie davon.

Dirschau, 19. Februar. Die neu erbaute Kapelle des Johanniterkrankenhauses wird am nächsten Sonntag Mittag feierlich eingeweiht werden. Zu diesem Zwecke treffen der Kommendator des Johanniterordens, General der Kavallerie, Graf Lehndorff, nnd Herr Oberpräsident v. Goßler hier ein. Es sind Einladungen ergangen an den Magistratsdirigenten, den Stadtverordnetenvorsteher und die Geistlichen beider Konfessionen. Die Einweihung erfolgt durch Herrn Pfarrer Stollenz. Nachmittags findet zu Ehren des Grafen Lehndorff eine Privatfestlichkeit bei Herrn v. Goßler in Danzig statt.

Danzig, 18. Februar. Das auf der hiesigen Kaiserlichen Werft sich seiner Vollendung nähernde Panzerschiff 4. Klasse „Odin" wird schon anfangs März mit seinen Probefahrten beginnen können. Fallen die Probefahrten zur Zufriedenheit aus, so soll „Odin" schon bei den großen Manövern dieses Jahres und zwar voraussichtlich während zweier Monate mit verwandt werden. Er wird alsdann bei dem Schul- und Uebungsgeschwader der heimischen Schlacht- und Kreuzerflotte Verwendung finden. Die Probefahrten werden wahrscheinlich unter dem Kommando des Kapitän-Lieutenants Bruch ausgeführt werden. „Odin" wird später der Ostseestation zugeteilt und gleich seinen Schwesterschiffen der Siegfriedklasse zum Schutze des Nordostsee-Kanals dienen.

Danzig, 19. Februar. Der Direktor der hiesigen Artilleriewerkstatt, Major Abel, hat sich erschossen. Derselbe war nervenleidend.

Konitz, 18. Februar. Der vom Amte suspendirte Magistratsbeamte Hüllenberg, der seinen Prozeß gegen die Stadt wegen Wiederanstellung gewonnen hat, hat von der Polizeiverwaltung die Aufforderung erhalten, innerhalb acht Tagen sein Amt wieder anzutreten. Sein Gehalt, welches ihm seit 1½ Jahren einbehalten wurde, wird ihm nachgezahlt und da in seine Stelle ein anderer Beamter eingestellt werden mußte, so hat die Kommune doppeltes Gehalt zu zahlen.

Crone a. d. Brahe, 17. Februar. Die hiesige Andreaskirche steht nach der Aufstellung des Pelpliner Schematismus jetzt 500 Jahre. Sie soll in den Jahren von 1382 bis 1396 erbaut worden sein. Der Bau hat wie alle in jener Zeit errichteten Institute verschiedene Wandlungen durchgemacht. Ursprünglich war die Kirche ein Holzbau und hieß Corporis Christi. Erst am Ende des 16. Jahrhunderts wurde an Stelle der alten Holzkirche eine neue steinerne von dem Kloster Byssow aufgebaut und diese dem heiligen Andreas gewidmet. Bekannt ist die Kirche durch die Kabinetsverfügung Friedrich Wilhelm III., welche ihre Ueberweisung an die evangelische Gemeinde zu Koronowo anordnete, geworden.

Pillau, 17. Februar. Wunderlich sehen die Molen aus, sie sind über und über mit einer mehrere Zoll dicken Eisglasurschicht überzogen, während sich um den roten Turm des Nordmolenkopfes ein der Form nach großartiger Eisgarten gebildet hat, der erst fortgeschafft werden müßte, wenn man zum Turme gelangen, wenn man die Fensterscheiben der Kuppel und somit das Leuchtfeuer sichtbar machen wollte. Links und rechts hängen von den Mauern und Steinen der Molen beindicke Eiszapfen herab. An einzelnen Stellen der Südermole wie auch der Nehrung soll sowohl der Sturm als auch die gewaltige Flut bedeutenden Schaden angerichtet haben. Von der östlichen Haffseite riß der Sturm in der Nacht das Eis vom Ufer fort und mit ihm mehrere Angelkähne, welche am anderen Tage von den Besitzern vom Eise zerschoben und zersplittert vorgefunden wurden.

Lötzen, 18. Februar. Der wegen Veruntreuung ihm anvertrauter Erbgelder unter Anklage gestellte Rechtsanwalt Storp, den der Bürgermeister vorgestern verhaften wollte, ist unter den Anzeichen der Geistesstörung erkrankt und einstweilen im Kreislazarett untergebracht. Ein durch Storp in der Unzurechnungsfähigkeit durch Zertrümmerung einer Lampe verursachter Brand blieb auf die Bureauräume beschränkt.

Tilsit, 18. Februar. Am Sonntag früh ist in Berlin unser früherer Oberbürgermeister, Herr Kleffel, der über ein Menschenalter an der Spitze unseres Gemeinwesens gestanden hat, im Alter von 86 Jahren aus dem Leben geschieden. Herr Kleffel, vor seiner Wahl zum Bürgermeister von Tilsit Gerichtsrat am hiesigen Kreisgericht, war ein Beamter der altpreußischen Schule, der Strebertum und Servilismus fremd war. Er hat es verstanden, in den bösen Zeiten der Reaktion eine schwierige Aufgabe mit großem Geschick und mit der Festigkeit des Mannes von echt liberaler Gesinnung zu lösen und die Rechte und Freiheiten des Bürgertums vor Angriffen zu schützen. Unter seiner langjährigen Führung hat sich die Stadt aufs Gedeihlichste entwickelt und zahlreiche Fortschritte auf vielen Gebieten unseres Gemeinwesens sind mit seinem Namen verknüpft. Die irdischen Ueberreste des Verstorbenen werden von Berlin nach Tilsit zur Bestattung übergeführt werden, wo die Familie Kleffel ein Erbbegräbnis besitzt.

Lokales.

Thorn, 20. Februar.

— [Ergänzung.] In einem Teil der Auflage unserer gestrigen Nummer sind in dem Artikel „Wahl" die Worte „als Mitglied des Kreistages" aus Versehen weggelassen.

— [Die Petitionen des Westpreußischen Städtetages] und der Stadt Elbing auf Herarziehung der Staatsbeamten zu den Gemeindeabgaben wurden gestern im Abgeordnetenhause der Regierung als Material überwiesen, nachdem der Abg. Langerhans (frs. Volksp.) dieselben vertreten und der Geheime Ober = Regierungsrat Nöll erwidert hatte, daß die Gemeinden, in denen Behörden ihren Sitz haben, davon im Gegensatz zu den übrigen sehr hohe Vorteile zögen, während andererseits den Beamten bei den gegenwärtigen Gehaltsverhältnissen und bei der Unfreiheit in der Wahl des Wohnortes nicht zugemutet werden könne, besondere Lasten dafür zu tragen.

— [Invaliditäts- und Altersversicherung.] Die den Handlungsgehilfen gewährten Weihnachtsgratifikationen sind laut Entscheidung des Reichsversicherungsamtes bei der Feststellung des regelmäßigen Jahresarbeitsverdienstes der genannten Personen in Anrechnung zu bringen, sofern diese Weihnachtsgeschenke seit Jahren regelmäßig gewährt werden. Beträgt das Jahresarbeitsverdienst einschließlich der regelmäßigen Weihnachtsgratifikation mehr als 2000 Mk., so ist der betreffende Handlungsgehilfe nicht versicherungspflichtig.

— [Kirchenkollekten.] Der Herr Oberkirchenrat hat genehmigt, daß zum Besten der in der Kirchengemeinde Bischofswerder (Diözese Rosenberg) zu errichtenden Diaspora-Anstalten, nämlich eines evangelischen Krankenhauses, mit welchem eine Heimstätte für die Diakonissen-Station und Klein-Kinderschule, sowie ein Waisenheim und eine Konfirmandenanstalt zu verbinden in Aussicht genommen ist, eine einmalige Kollekte in den evangelischen Kirchen der Provinz Westpreußen abgehalten werde.

— [Hauskollekten.] Die für den Provinzialverein für innere Mission in Westpreußen im vorigen Jahre abgehaltene Hauskollekte hat den Gesamtertrag von 10479,84 Mark gebracht. — Der Minister der Innern hat dem Vorstande des evangelischen Johannisstifts zu Cracau bei Magdeburg zum Besten einer dort zu erbauenden Kinderkrüppel-Erziehungs- und Bildungs-Anstalt für Nord- und Ost-Deutschland eine auch bei den evangelischen Haushaltungen unserer Provinz in der Zeit vom 1. Februar bis Ende September d. J. abzuhaltende Hauskollekte bewilligt. In den evangelischen Gemeinden der Städte Danzig, Elbing, Thorn, Graudenz und Marienwerder soll die Einsammlung durch Kollektanten, welche der Vorstand sellbst entsenden wird, geschehen.

— [Kirchliche Wahlen.] In den im Jahre 1893 errichteten Kirchengemeinden, deren Mitglieder kirchlicher Körperschaften im Laufe des Jahres 1896 eine dreijährige Amtszeit zurücklegen werden, findet im laufenden Jahre

eine Ergänzunswahl für die ausscheidende, durch Auslosung zu bestimmende Hälfte der Mitglieder statt.

— [Die Zuckerausfuhr] über Neufahrwasser betrug in der ersten Hälfte dieses Monats an Rohzucker nach Großbritannien 100 062 Ztr., nach Holland 2000 Ztr., nach Amerika 91 218 Ztr., in Summa 193 280 Ztr., gegen 78 408 Ztr. im Vorjahre. Nach inländischen Raffinerien wurden geliefert 208 652 Ztr. gegen 164 000 im Vorjahre. Der Lagerbestand in Neufahrwasser betrug am 15. d. M. (ohne das Raffinerielager) 1 052 450 Ztr. gegen 1 258 374 Ztr. im Vorjahre. — Verschiffungen von russischem Zucker fanden statt nach Großbritannien 157 420 Ztr., Holland 2000 Ztr., Dänemark 700 Ztr., Amerika 5500 Ztr., in Summa 165 620 Ztr. gegen 229 150 Ztr. im Vorjahre. Der Lagerbestand in Neufahrwasser betrug am 15. d. Mts. 137 300 Ztr. gegen 41 400 Ztr. im Vorjahre.

— [Strafkammer.] Der Besitzer Jacob Schiemann aus Alt Gappa hatte im Laufe des vorigen Jahres zu zwei verschiedenen Malen Schreiben an die Königl. Regierung zu Marienwerder abgesandt und in denselben behauptet, daß der Gendarm Niklaus zu Briesen einen liederlichen Lebenswandel führe und sich verschiedener Vergehen schuldig gemacht habe. Da sich herausstellte, daß Niklaus einen seiner Stellung entsprechenden, ehrenhaften Lebenswandel führe, daß auch die übrigen Beschuldigungen unwahr seien, wurde das Strafverfahren wegen wissentlich falscher Anschuldigung gegen Schiemann eingeleitet. Dasselbe endigte aber gestern mit der Freisprechung des Angeklagten, da nach dem ärztlichen Gutachten angenommen wurde, daß Schiemann schwachsinnig sei und beim Verfassen der fraglichen Denunziation sich in einem geisteskranken Zustande befunden habe. — Der Mühlenbesitzer Chmielewski aus Renczkau ließ im Jahre 1894 durch den Mühlenbauer Theodor Sadecki aus Mocker verschiedene Reparaturen in seiner Windmühle ausführen. Zu diesem Zwecke hatte er dem Sadecki eine Quantität Bretter zum Verarbeiten übergeben, ihm auch einen Bohrer und einen Hobel geliehen. Von den Brettern soll nun Sadecki einen Teil zur Herstellung einer Krippe für eine andere Person verwendet, den Bohrer und Hobel aber sich angeeignet haben und, ohne die Reparaturarbeiten auszuführen, davongegangen sein. Der Gerichtshof konnte sich von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen und erkannte dem Antrage der Königl. Staatsanwaltschaft gemäß auf Freisprechung. — Gegen den Lehrer Julius Zentkowski aus Strutzfon lautet die Anklage auf Körperverletzung im Amte. Nach dem Eröffnungsbeschlusse soll der Angeklagte den Schulknaben Paul Marchlewski aus Strutzfon in ungebührlicher Weise gezüchtigt haben, indem er dem Jungen das Ohr blutig riß und ihm mit einem Stocke mehrere Hiebe auf die innere Handfläche versetzte, so daß der Junge Verletzungen an der Hand davontrug. Der Angeklagte behauptete unschuldig zu sein. Marchlewski, so führte er aus, habe seine Schularbeiten häufig nachlässig, zum Teil auch garnicht verrichtet. Am 8. Juli 1895 habe er ihm aufgegeben, des Nachmittags zu Hause zu bleiben und seine Schularbeiten zum nächsten Tage zu fertigen. Trotz dieser Weisung habe er den Knaben am Nachmittage spielend auf der Straße angetroffen. Er habe ihn nach dem Schulzimmer geholt und hier examinirt, wobei es sich herausgestellt habe, daß Marchlewski seine Schularbeiten wieder nicht gemacht habe. Dieserhalb und weil sich Marchlewski widerspenstig gezeigt habe, indem er an dem betreffenden Nachmittage seiner mehrmaligen Aufforderung, nach dem Schulzimmer zu kommen, nicht gefolgt sei, habe er ihm mit dem gewöhnlichen Rohrstock einen Hieb auf die Hand versetzt. Das ihm zustehende Züchtigungsrecht habe er in keiner Weise überschritten. Durch die Beweisaufnahme gelangte der Gerichtshof doch zu der Ueberzeugung, daß Angeklagter sich der Körperverletzung im Amte schuldig gemacht habe und verurteilte ihn dieserhalb zu 15 Mk. Geldstrafe eventuell 3 Tagen Gefängnis. — Dem Barbiergehülfen Ludwig Grünbaum aus Thorn war zur Last gelegt, dem Restaurateur Marcell Szczyperski hierselbst ein Velociped in Werte von 180 Mark entwendet zu haben. Angeklagter bestritt zwar die Anklage und behauptet, daß er das Velociped von einem ihm unbekannten Barbier aus Argenau für den Preis von 15 Mark gekauft habe. Dieser Preis sei auch angemessen gewessen, weil das Velociped höchst reparaturbedürftig gewesen sei. Der Gerichtshof erachtete auch diesen Angeklagten für überführt und verurteilte ihn wegen Diebstahls zu einer Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängnis. Eine Sache wurde vertagt.

— [Steckbrieflich verfolgt] wird von der Kgl. Staatsanwaltschaft Thorn der Maurergeselle Knodel aus Rogowo wegen Vergehens gegen § 183 des R.-St.-G.-B. und von dem Untersuchungsrichter beim Kgl. Landgericht Thorn der Arbeiter (Maurer) Leo Lewandowski aus Unislaw wegen Meineides.

— [Koppernikus-Verein.] Gestern am 423. Jahrestage der Geburt des Nikolaus Koppernikus fand in der Aula des Königlichen Gymnasiums eine öffentliche Sitzung statt, welcher außer Mitgliedern des Vereins und deren Damen eine große Zahl von Gästen beiwohnte. Zur Erinnerung an den großen Thorner war dessen mit einem Lorbeerkranz geschmückte Büste, allen sichtbar, vor der Rednertribüne aufgestellt. Nach dem sehr umfassenden Jahresbericht, den der Vorsitzende Herr Professor Boethke erstattete, hielt Herr Professor Dr. Horowitz seinen angekündigten Vortrag: „Was ist Aufklärung? Eine Frage und Antwort Immanuel Kants." Redner hob in einleitenden Worten die Bedeutung des großen Königsberger Philosophen und dessen nachhaltigen, aufklärenden Einfluß auf Mit- und Nachwelt hervor und knüpfte dann an eine im Jahre 1784 von Kant veröffentlichte Schrift über das Wesen der Aufklärung an. Im Eingange seiner Schrift fragt Kant: Leben wir in einem aufgeklärten Zeitalter oder in einem Zeitalter der Aufklärung? und beantwortet dann diese Frage in letzterem Sinne, nachdem er den Begriff der Aufklärung erörtert hat. Nach ihm ist Aufklärung der Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit im Gebrauche der Verstandeskräfte. Die Selbstverschuldung liegt in Trägheit und Feigheit. Hier erhebt Kant die Forderung: Sapere aude! (Habe den Mut, Dich Deiner Verstandskräfte zu bedienen.) In seiner Schrift bekundet sich der Philosoph, wie Redner besonders betonte, auch als einen warmen Verehrer des großen Philosophen auf dem Throne Friedrich II., und als Verfechter der konstitutionellen Monarchie. Kant untersucht nämlich, welche Schranken dem Gebrauch der Verstandeskräfte zu ziehen seien, und unterscheidet einen öffentlichen und einen privaten Gebrauch. Ersterer soll nach ihm durch keinerlei Schranken eingeengt werden, dagegen der private Gebrauch der Verstandskräfte sich innerhalb der Gesetze des Staates bewegen. So muß z. B. der Offizier unweigerlich den Befehlen eines Vorgesetzten gehorchen. Dagegen soll es ihm unbenommen sein, sich außerhalb seines Dienstes öffentlich durch Wort und Schrift über die Mängel der Kriegsführung u. dgl. auszulassen. Mit sichtbarem Interesse folgten die Zuhörer diesen und den weiteren klaren Ausführungen des Redners und spendeten ihm allseitigen Beifall.

— [Der Lehrer Lukfiel,] der kürzlich an eine hiesige Schule berufen wurde, hat die Wahl abgelehnt, weil er inzwischen eine anderweitige Wahl angenommen hat.

— [Theaterbau.] Das Komitee soll nunmehr mit bestimmten Anträgen an die städtischen Behörden gekommen sein, die hauptsächlich darin bestehen, daß die Stadt den Bauplatz unentgeltlich vergiebt und die Zinsgarantie für eine ziemlich bedeutende Summe übernimmt. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob die Stadt mit ihren 23 000 Zivileinwohnern das Bedürfnis für ein Theater hat, man kann aber kaum glauben, daß die städtischen Behörden bei der jetzigen finanziellen Lage die Zeit für geeignet halten werden, um den Steuerzahlern größere Verpflichtungen aufzuerlegen. Der Bau einer großen Schule soll mit dem Frühjahr beginnen und dem notwendig gewesenen Bau einer zweiten Schule in der Jakobs-Vorstadt ist man durch Ankauf eines Hauses aus dem Wege gegangen, weil man überzeugt war, daß der Neubau zweier Schulen auf einmal für die Stadt eine Unmöglichkeit sei. Wenn nun auch die Freunde eines Theaterbaues, wie es scheint, einen baren Zuschuß zur Zeit nicht beanspruchen, so müßte doch der Etat mit der etwa übernommenen Zinsgarantie belastet werden, sobald der Bau beginnt. Vermutlich wird der Etat 1896/97 eine erheblich höhere Kommunalsteuer erfordern, ferner sind noch auf das Grabenterrain auf Jahre hinaus Abzahlungen zu leisten, so daß man nicht sagen kann, der Platz koste der Stadt nichts. Es soll das Komitee etwa Mk. 42 000 aufgebracht, doch gegründete Aussicht haben, die ganze erforderliche Summe aufzubringen, sobald die Stadt eine 3 prozentige Zinsgarantie übernimmt.

— [Ueberfall] Wie einem auswärtigen Blatte von hier mitgeteilt wird, ist ein Artillerist der 2. Kompagnie des Artillerie-Regiments Nr. 15 am Grützmühlenthor überfallen und mit Messerstichen arg zugerichtet worden. Uns ist darüber nichts Näheres bekannt.

— [Die Weichsel] zeigt jetzt, vermutlich infolge des Grundeises, wieder stärkeren Eisgang.

— [Temperatur.] Heute morgen 8 Uhr 4 Grad R. Kälte. Barometerstand: 28 Zoll 3 Strich.

— [Gefunden] eine schwarze Kindermütze auf der Eisenbahnbrücke, ein Laktodensimeter, eine Pferdedecke in der Seglerstraße, 2 Invaliditätskarten für Joseph Wrzynski und Antonie Suminska im Polizei-Briefkasten, ein Arbeitsbuch für Richard Timm.

— [Polizeiliches.] Verhaftet wurden 3 Personen.

— [Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 2,06 Meter über Null.

Podgorz, 19. Februar. Die größte Vorsicht muß man üben beim Erheben von Zeugengebühren bei den Gerichten, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen will, als Angeklagter wegen Betrugs vor dem Gericht selbst zu erscheinen, was nachfolgender Fall beweist: Eine hiesige Frau hatte in einer Straffache als Zeugin vor dem Kgl. Amtsgericht in Thorn zu thun und forderte von dem Auszahler der Zeugengebühren nach Schluß des Termines 2 Mark für eine Droschke, da sie (die Zeugin) den Weg nach Podgorz ihrer Kränklichkeit wegen — hin ging sie zu Fuß — nicht zurücklegen könne, welchen Betrag sie neben der Aufwandsentschädigung auch ausgezahlt erhielt. Als die Frau das Rathaus verließ, um eine Droschke zu mieten, traf sie einen Bekannten von hier, der mit einem Fuhrwerk in Thorn war, welcher sie einlud, auf seinem Wagen Platz zu nehmen, was die Frau auch that. Der Verurteilte, gegen den die Frau als Zeugin auftrat, erhielt Kenntnis hiervon und zeigte die Frau bei der Kgl. Staatsanwaltschaft in Thorn wegen Betruges an. Neulich stand nun in dieser Sache vor dem Königl. Schöffengericht Termin an. Die Frau gab die Beschuldigung zu, entschuldigte sich aber, daß sie nicht gewußt, daß sie die 2 Mark zurückzahlen mußte. Der Herr Amtsanwalt beantragte 10 Mark Geldstrafe, event. 2 Tage Gefängnis, das Gericht sprach jedoch die Frau frei, indem es annahm, daß dieselbe mit dem Behalten der 2 Mark für die Droschke, die sie durch das Mitfahren mit einem Privatfuhrwerke für sich behielt, einen Betrug der Staatskasse nicht ausgeführt hat, indem ihr die Absicht des Betruges beim Erheben des Geldes nicht nachgewiesen werden konnte. — Auf dem K.'schen Grundstücke hierselbst wird seit einiger Zeit nach Steinen gegraben; am Sonnabend fanden Arbeiter dortselbst ein Skelett und am Montag zwei Skelette, die aber beim Berühren in Asche zerfielen. Die Skelette dürften dort vor mehr denn 100 Jahren verscharrt worden sein; da dort früher alles Wald war und ein Kirchhof nicht existirt haben soll, so ist anzunehmen, daß die Skelette von einem Verbrechen herrühren. Dieselben wurden wieder vergraben.

Thorn-Culmer Kreisgrenze, 18. Februar. Am vergangenen Sonntag fand in Lissewo die Wahl der Kirchenältesten und Gemeindevertreter für das neugegründete Kirchspiel Lissewo statt. — Der Hirt Z. aus Josephsdorf, welcher mehrere Quittungskarten fälschte, ist wegen Urkundenfälschung in Untersuchungshaft genommen worden.

Kleine Chronik.

* Ueber das Schicksal Nansens ist eine sichere Nachricht noch nicht eingetroffen. Gegenüber den Aeußerungen des Freiherrn v. Nordenskjöld schreibt Nansens Privatsekretär Kandidat Christofersen in Christiania in der Zeitung „Morgenbladet", Nansen könne mit seinem Schiff den 85. Grad und von dort mit Schlitten den Nordpol erreicht haben. Alle Vermutungen hingen davon ab, ob die Eisverhältnisse im Jahre 1893 besonders günstige waren. Daß dieses der Fall gewesen sei, bewiesen Berichte, nach welchen am 24. September 1893 am 79. Grade Eis nicht angetroffen wurde. Um diese Zeit könne Nansen bereits den 85. Grad erreicht haben. Die Möglichkeit hierfür sei durch die Schnelligkeiten der Reisen Lockwoods und Payers bewiesen.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 20. Februar.

		20. Febr.	19. Febr.
Fonds: erholt.			
Russische Banknoten		217,45	217,30
Warschau 8 Tage		216,65	216,70
Preuß. 3% Consols		99,50	99,50
Preuß. 3½% Consols		105,10	105,10
Preuß. 4% Consols		106,10	106,10
Deutsche Reichsanl. 3%		99,60	99,60
Deutsche Reichsanl. 3½%		105,00	105,20
Polnische Pfandbriefe 4½%		67,70	fehlt
do. Liquid. Pfandbriefe		65,80	fehlt
Westpr. Pfandbr. 3½% neul. ll.		100,40	100,40
Diskonto-Comm.-Antheile		217,00	217,60
Oesterr. Banknoten		169,10	169,10
Weizen:	Mai	155,25	154,00
	Juli	155,25	154,25
	loco in New-York	81¾	81⅜
Roggen:	loco	125,00	125,00
	Mai	125,25	124,75
	Juni	126,25	125,75
	Juli	127,00	126,50
Hafer:	Mai	120,25	120,25
	Juli	122,25	122,00
Rüböl:	Feb.	47,10	47,00
	Mai	46,90	47,00
Spiritus:	loco mit 50 M. Steuer	52,80	52,80
	do. mit 70 M. do.	33,10	33,20
	Feb. 70er	38,20	38,20
	Mai 70er	38,70	38,70
Thorner Stadtanleihe 3½ pCt.		—,—	102,25

Petroleum am 19. Februar,
pro 100 Pfund.
Stettin loco Mark 10.10.
Berlin " " 10.00.

Spiritus-Depesche.

Königsberg, 20. Februar.
v. Portatius u. Grothe.
Unverändert.

Loco cont.	50er	—,— Bf.,	52,30 Gd.	—,— bez.
nicht conting.	70er	—,— "	32,60 "	—,— "
Feb.		—,— "	—,— "	—,— "
"		—,— "	—,— "	—,— "

Getreidebericht der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 20. Februar.

Wetter: Frost.

Weizen: in Folge auswärtiger flauer Berichte niedriger trotz kleiner Zufuhr, 128 Pfd. bunt 144 M., 130 Pfd. hell 148 M., 133/34 Pfd. hell 150 M.

Roggen: niedriger, 120 Pfd. 110 M., 124/25 Pfd. 112/13 M.

Gerste: sehr flau, feine Brauwaare weiß 116/18 M., feinste über Notiz, gute Mittelwaare weiß 110 bis 115 M.

Hafer: unverändert, weiß 103—105 M., geringerer 98—101 M.

Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.

Städtischer Viehmarkt.

Thorn, 20. Februar.

Aufgetrieben waren 497 Schweine, darunter 25 fette. Bezahlt wurde für fette Schweine 30—31 Mark, für magere Schweine 28—29 M. pro 50 Kilo Lebendgewicht.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. Februar. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts hat heute Abend die Verhandlungen zur Beilegung des Ausstandes in der Herrenkonfektionsbranche fortgesetzt. Nach längeren Verhandlungen wurden Vergleichsvorschläge angenommen, in welchen eine 12½ prozentige Lohnerhöhung, sowie auch verschiedene andere te Forderungen von Vertretern der Konfektionäre, Zwischenmeister und Gesellen bewilligt werden. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.

Kiew, 19. Februar. Das städtische Opernhaus ist gestern nach beendeter Vorstellung vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Menschenleben sind nicht gefährdet worden.

Rom, 19. Februar. In ganz Oberitalien werden von den Abgeordneten der Oppositionspartei eifrigst Versammlungen abgehalten und Kundgebungen gegen die afrikanische Politik veranstaltet. Die Opposition hofft, die Regierung bei der Wiedereröffnung der Kammer zu stürzen.

Belgrad, 19. Februar. Die von Skupschtina und Regierung genehmigte neuerliche Ausgabe von Silberbanknoten der Serbischen Nationalbank ruft in Handelskreisen große Erbitterung hervor, da man eine Steigerung des Agios befürchtet. Handelskreise planen große Protestkundgebungen.

Newyork, 19. Februar. Einer Meldung aus Denver zufolge fand in der Kohlengrube „Vulcan" in Newcastle eine Gasexplosion statt, wobei mehr als 50 Grubenarbeiter getötet sein sollen.

Rio de Janeiro, 19. Februar. Aus Desterro wird gemeldet, daß eine deutsche wissenschaftliche Expedition von Indianern überfallen worden ist. Der Forschungsreisende Herrmann Meyer wurde verwundet.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 20. Februar. Zwei Buchbinder und ein Hausdiener der von der Firma Mittler & Sohn beschäftigten Buchbinderei von Kämmerer wurden verhaftet, weil sie eingestanden, den kaiserlichen Gnadenerlaß am 16. Januar entwendet und der Redaktion des „Vorwärts" überliefert zu haben.

Telephonischer Spezialdienst der „Thorner Ostdeutschen Zeitung".

Berlin den 20. Februar

Berlin. Wie verlautet, wird sich die Kaiserin mit Gefolge am 15. April zum Kurgebrauch nach Bad Kreuznach begeben.

London. Aus Johannisburg ist ein Telegramm eingetroffen, wonach daselbst eine Dynamitexplosion stattgefunden hat, bei welcher 500 Personen getötet wurden. Die Minen sind nicht bedroht.

Verantwortl. Redakteur: Ernst Lange in Thorn.

Standesamt Mocker.

Vom 13. bis 20. Februar 1896 sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Eine Tochter dem Maurer Felix Gorczynski. 2. Ein Sohn dem Fleischermeister Andreas Schinauer. 3. Eine Tochter dem Stellmacher Max Goetz. 4. Ein Sohn dem Lehrer Maximilian Pansram. 5. und 6. Ein Sohn und eine Tochter (Zwillinge) dem Tischler Albert Tober. 7. Ein Sohn dem Arbeiter Michael Lewandowski. 8. Eine Tochter dem Arbeiter Franz Szymetzki. 9. Ein Sohn dem Arbeiter Franz Kilanowski. 10. Ein Sohn dem Arbeiter Carl Samland. 11. Ein Sohn dem Besitzer Carl Giese. 12. Eine Tochter dem Zimmermann Peter Scheffler. 13. Ein Sohn dem Arbeiter Theophil Lipinski. 14. Eine Tochter dem Müller Adolf Braatz. 15. Ein Sohn dem Arbeiter Christian Gosdschau. 16. Eine Tochter dem Fuhrmann Ludwig Gatz-Rubinkowo. 17. und 18. Unehel. Geburten.

b. als gestorben:

1. Anna Koscielska, 1 J. 2. Martha Heinrich, 9 J. 3. Alfred Kort, 5 M. 4. Auguste Iffländer, 57 J. 5. Walter Berg, 8 M. 6. Erich v. Badrowski, 5 M. 7. Wladislawa Szymetzki, 5 T.

c. zum ehelichen Aufgebot:

Arbeiter Carl Baensch und Louise Fritz.

d. ehelich sind verbunden:

1. Arbeiter Emil Jabs mit Minna Böhlke-Schönwalde. 2. Schutzmann Carl Duschinski-Hamburg mit Marianna Leszczynski.



5 Tage

Nur bis Montag, den 24. d. M. giltig

Ausnahme-Preise.

Tisch-, Hänge-Lampen, Kronen.

Arbeits-Lampen,
Salon-Lampen,
Wand-Lampen,
Boudoir-Lampen,
Nacht-Lampen.

Um den Ausverkauf soviel wie irgend möglich zu beschleunigen, sind die Preise für obige Artikel um

50 Procent herabgesetzt.

Farbige Glacée-Handschuhe, Prima Lammleder, tadelloser Sitz, 4knöpfig mit Raupen, solange der Vorrath reicht **2** Mark.

Danksagung.

Für die bei dem Begräbniß der verw. Tischlermeister **Antonie Schultz**, geb. **Szymanska**, hier bewiesene Theilnahme, namentlich für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden, sagen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank.

Thorn, den 20. Februar 1896.

Die Hinterbliebenen.

Bekanntmachung.

Die **Lagerräume Nr. 18, 19, 20 und 21** in dem zweiten städtischen Lagerschuppen an der Uferbahn sollen für die Zeit vom 1. April 1896 bis dahin 1899 meistbietend **vermiethet** werden.

Bietungstermin vor dem Herrn Stadtkämmerer in dessen Dienstzimmer (eine Treppe im Rathhause) findet statt am

Donnerstag, den 27. Febr. d. J., Mittags 12 Uhr,

zu welchem wir Miethslustige mit dem Bemerken einladen, daß jeder Bieter eine Kaution von je 100 Mk. für jede Abtheilung, auf welche er ein Gebot abgiebt, vorher auf der Kämmerei-Kasse zu hinterlegen hat.

Die Miethsbedingungen liegen bis zum Termin in unserem Bureau I zur Einsicht und Unterschrift aus und können von dort gegen 50 Pfg. Schreibgebühren bezogen werden.

Thorn, den 20. Februar 1896.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung von heute ist die in **Thorn** errichtete Handelsniederlassung, des Kaufmanns **Alfred Abraham** ebendaselbst unter der Firma **Alfred Abraham** in das diesseitige Firmen-Register unter Nr. 966 eingetragen.

Thorn, den 15. Februar 1896.

Königliches Amtsgericht.

3600 Mk. a 5% w. z. **1. Stelle** eines ländl. Grundst. v. 86 Mrg. **gesucht.** Off. unter **P. M. 36** i. d. Exp. d. Ztg.

Ein Bäcker u. Pfefferküchler

mit etwas Vermögen kann ab 1. Juli meine Bäckerei mit schönen Geschäftsräumen pachtweise oder käuflich übernehmen.

Fraustadt, Töpferstr. 13.

H. Heinrich.

Haus mit Garten in Thorn 3 bei belieb. Anz. z. kauf. gew. od. auch Baustelle. Schriftl. Off. u. **C. B. 300** gefl. d. d. Exp. d. Ztg.



ist die **einzige Toiletteseife**, welche die Empfehlung von

2000 deutschen Professoren und Aerzten

besitzt, die sie auf Grund ihrer hygienischen, cosmetischen und sanitären Eigenschaften für

die beste aller Toilette-Seifen

zum täglichen Gebrauch erklären und Allen, welche für die Pflege der Haut besorgt sind, insbesondere aber Frauen und Kindern zum Gebrauch als Toilette-Gesundheitsseife anrathen. Wer sich vor dem Gebrauch informiren will, der lese die Broschüre mit den Empfehlungen anerkannter Praktiker.

Die Patent-Myrrholin-Seife ist in den guten Parfümerie- und Droguen-Geschäften sowie in den Apotheken 2c. à 50 Pf erhältlich. Das kaufende Publikum möge sich noch schließlich sagen, **nicht der Geruch, nicht die äußere Verpackung** und **nicht die Reclame** bestimmen den Werth einer Seife, sondern deren Einfluß auf die Haut und damit auf den gesammten Gesundheitszustand des Menschen.

Engros: **Flügge & Co.** in **Frankfurt a. M.** welche nach allen Orten, in welchen sich keine Niederlagen befinden, 6 Stück zu Mk. 3.— franco gegen Nachnahme versenden.

Oeffentliche Zwangsversteigerung.

Freitag, den 21. d. Mts. Vormittags 10 Uhr

sollen durch den Unterzeichneten vor der Pfandkammer des hiesigen Königlichen Landgerichts

5 neue Regulateure, 3 gold. Damenuhren, 2 Wanduhren, 45 verschiedene Taschenuhren und 1 Kleiderspind

öffentlich zwangsweise gegen gleich baare Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Thorn, den 20. Februar 1896.

Gaertner, Gerichtsvollzieher.

Eine zuverlässige, gut empfohlene

Kindergärtnerin

wird für eine Warschauer Familie **gesucht**.

Meldungen nimmt entgegen

Fr. Gertrud Glückmann, Breitestr. 18, I.

Pianinos für Studium und Unterricht bes. geeignet. Kreuzs. Eisenbau. Höchste Tonfülle. Frachtfrei auf Probe. Preisverz. franco. Baar od. 15 bis 20 Mk. monatlich. **Berlin**, Dresdenerstr. 38.

Friedrich Bornemann & Sohn,
Pianino-Fabrik.

Eine kleine Hofwohnung, zwei Stuben und Küche, an ruhige Einwohner zu vermiethen Coppernikusstraße 20.

Die Hochzeit meiner Tochter **Antonie Wilińska** mit Herrn **Eduard Dirks** ist aufgehoben.

Franziska Wilińska.

Kirchliche Nachricht.

Evangel.-luth. Kirche.

Freitag, den 21. Februar 1896: Abends 6½ Uhr: Abendstunde.

Herr Superintendent Rehm.

Schützenhaus.

Montag, den 24., Dienstag, den 25., u. Mittwoch, den 26. Februar cr.:

Drei humoristische Soiréen

der seit Jahren in Berlin so überaus populären und beliebten

Stettiner Sänger

Herren **Hippel, Wagner, Ludwig, Küster, Little Bobby, Chlebus** und **Blank**.

Jeden Abend ganz neues Programm.

Auftr. des best musikal. Clown der Gegenwart **Mr. Little Bobby.**

Anf. 8 Uhr. Entree 75 Pfg.

Billets à 60 Pf. sind **vorher** i. d. Cigarrenhandlg. d. Hrn. **Duszynski** zu haben.

Es finden bestimmt nur diese drei Soireen statt.

Druck der Buchdruckerei „Thorner Ostdeutsche Zeitung", Verleger: M. Schirmer in Thorn.

Hierzu eine Beilage.